



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Mehr Sicherheit durch Konsequenz und Kooperation

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass es in der jetzigen Zeit wichtiger denn je ist, dass das geltende Recht konsequent angewendet und umgesetzt wird.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, umgehend dafür Sorge zu tragen, dass die personellen Ressourcen zur Gewährleistung der Inneren Sicherheit in Bayern mittelfristig deutlich erhöht werden. Dazu gehören die Schaffung zusätzlicher Richterstellen zur schnelleren Bewältigung asylrechtlicher Verfahren, die mittelfristige Aufstockung der Polizei auf 45.000 Stellen, die bessere Verteilung der Polizei in der Fläche, die Ausweitung der Schleierfahndung und die personelle Stärkung der Verwaltung.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass

1. auch bei den Sicherheitsbehörden des Bundes, außerdem im BAMF, so viel Personal eingestellt wird, dass die von staatlicher Seite übertragenen Aufgaben tatsächlich zuverlässig erfüllt werden können und nach Möglichkeit bei den anderen Bundesländern anzuregen, dass das Personal der Polizeien aufgestockt wird;
2. tätliche Angriffe auf Polizei und Rettungskräfte sowie Störungen von deren Arbeit, unter anderem auch durch Falschmeldungen in den Sozialen Medien, umfassend und härter bestraft werden;
3. die Möglichkeiten zur Videoüberwachung verbessert und die Vorratsdatenspeicherung verfassungskonform ausgeweitet wird;
4. keine Zentralisierung der Geheimdienste stattfindet und stattdessen der Informationsaustausch zwischen den verschiedenen mit Sicherheitsfra-

gen beschäftigten Behörden deutlich verbessert wird; hierzu ist insbesondere die Verbesserung der technischen Infrastruktur und die Optimierung der Arbeitsabläufe in den Behörden auf kommunaler, Landes- und Bundesebene nötig;

5. Binnengrenzkontrollen so lange aufrecht erhalten werden, bis sichergestellt ist, dass der EU-Außengrenzschutz funktioniert;
6. die Identität sämtlicher Asylbewerber und Flüchtlinge zweifelsfrei festgestellt wird;
7. Duldungen künftig restriktiver vergeben werden, Rückführungen konsequent durchgeführt werden und die freiwillige Rückkehr flächendeckend noch mehr gefördert wird;
8. die Liste der sicheren Herkunftsländer ausgeweitet und weitere Rückführungsabkommen abgeschlossen werden bzw. Entwicklungsgelder bei verweigerter Rücknahme gestrichen werden;
9. die Abschiebehaft verlängert und die gesetzlichen Anforderungen für deren Erlass abgesenkt werden; sowie
10. gegen Gefährder konsequenter vorgegangen wird.

Begründung:

Sicherheit ist ein berechtigtes Grundbedürfnis der Bürger. Die Vorfälle in Ansbach, Würzburg, München, Georgensgmünd und zuletzt in Berlin haben gezeigt, dass die Sicherheitslage in Deutschland und auch in Bayern verbessert werden muss. Gesellschaft und Staat müssen besser vor Kriminalität, Terrorismus und vergleichbaren Bedrohungen geschützt werden. Die FREIE WÄHLER-Landtagsfraktion setzt dabei vorrangig auf die konsequente Anwendung geltenden Rechts, denn das ist momentan nicht ausreichend der Fall, z.B. kamen 300.000 Menschen illegal ins Land, ein Attentäter verfügte über 14 Identitäten und nach wie vor dauern die Verfahren beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) unnötig lange. Mit der konsequenten Anwendung der einschlägigen Gesetze muss sofort begonnen werden.

Um die geltenden Gesetze konsequent anwenden zu können, bedarf es nicht nur zusätzlicher Stellen auf Bundes- und Landesebene, sondern auch einer Verbesserung der technischen Ausstattung und einer Optimierung der Arbeitsabläufe hinsichtlich der Zusammenarbeit der Behörden. Die Sicherheitsbehörden brauchen ausreichende Befugnisse, um die Menschen in Deutschland besser schützen zu können.